

Zeitschrift: Region St.Gallen : das St. Galler Jahrbuch
Band: - (1996)

Rubrik: Weiterhin schwacher Steuerertrag

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weiterhin schwacher Steuerertrag

Statt mit dem erwarteten Defizit von 4,5 Millionen Franken hatte die Stadtrechnung 1994 mit einem Vorschlag von 1,6 Millionen geschlossen. Diese frohe Kunde wurde aber getrübt durch die Tatsache, dass der Schuldenberg höher und höher wird. Eine Trendwende wird auch 1996 nicht erwartet. Noch immer wirft die Rezession ihre langen Schatten auf den öffentlichen Haushalt. So musste der einfache Steuerertrag der Stadt im Budget von 116,5 auf 115 Millionen Franken gekürzt werden.

Die Aufwände, so scheint es, haben die städtischen Finanzexperten ziemlich im Griff. In der laufenden Rechnung sind lediglich Mehrausgaben von 1,8 Prozent vorgesehen. Damit kann noch nicht einmal die angenommene Teuerung von 2,5 Prozent ausgeglichen werden. Die Hoffnung, dem erwarteten Defizit von 5,2 Millionen mit einem "Sparpaket" begegnen zu können, ist unbegründet.

Die Probleme liegen für einmal auf der Einnahmenseite, wo, wie angetönt, mit massiven Mindereinnahmen bei den Steuern gerechnet wird. Grund: die hartnäckige Rezession, die sich bis in die Veranlagungsperiode 1993/94 bemerkbar gemacht hat. Deshalb mussten die laufenden Steuern um 2,5 Millionen tiefer als im Voranschlag 1995 eingesetzt werden.

Stabile Fürsorge, mehr Geld für Kultur

Trotz der vielen Ausgesteuerten wurden die Fürsorgeausgaben mit 30 Millionen Franken gleich wie im Vorjahr im Budget belassen. Dank dem erstmalig zu entrichtenden Beitrag von 3,7 Millionen an Stadttheater und Konzertverein entlastet der Kanton das Budget der Stadt spürbar. Dadurch wurden Mittel frei, die nunmehr der Kultur zugute kommen sollen. Vorgesehen ist etwa die Erhöhung der Beiträge von Musikgesellschaften, Frauenbibliothek, Kunst- und Grabenhalle. Auch sollen Künstler generell stärker gefördert und Anerkennungspreise aufgewertet werden.

Die schlechte Zahlungsmoral des Bundes kostet die Stadt Millionen

In finanziell angespannten Zeiten macht sich die Zahlungsmoral beim Gläubiger besonders rasch bemerkbar. Auch die Stadt ist sehr darauf angewiesen, dass fällige Beträge fristgerecht überwiesen werden. Kommt ein Steuerzahler seinen Pflichten nicht nach, dann hagelt's schnell Mahnungen. Anders scheint die Sache zu liegen, wenn Bundesgelder ausstehend sind. Durch seine miserable Zahlungsmoral kostet "Bern" die Gallusstadt Millionen, und dies, wie es scheint, völlig legal. Seit 1992 ist der Steinachstollen fertiggestellt. Gemäss Gewässerschutzgesetz hat die Stadt Anrecht auf Subventionen; in diesem Falle auf rund 3 Millionen vom Bund und auf weitere 2,7 Millionen



Stadtammann
Dr. Heinz Christen

vom Kanton. Auch bei der Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) sind noch 6,8 Millionen Franken ausstehend, 6,5 Millionen allein vom Kanton. Weil die Kantonsbeiträge an die Bundesbeiträge gebunden sind, können die Gelder erst fliessen, wenn "Bern" seinen Anteil lockergemacht hat. Und da liegt auch das grosse Problem. Im Falle des Steinachstollens hat der Bund aufgrund einer Verfügung beschlossen, die Beiträge von rund 3 Millionen Franken erst im Jahr 2009 (!) definitiv zu sprechen und diese danach "innert nützlicher Frist" auszubehalten. Will heissen, dass St.Gallen höchstwahrscheinlich noch mindestens 20 Jahre auf sein Geld warten muss. Bis dahin werden Zinsverluste und Inflation rund die Hälfte des Betrages "verschlungen" haben.

Lokalpolitiker wie beispielsweise der LdU-Gemeinderat Bruno Eberle sprachen in diesem Zusammenhang von einem "absoluten Skandal". Mit solchen Praktiken würde der Bund subventioniert. Es ist Zeit, dass auch unsere Parlamentarier in Bern den Anliegen der Wähler Rechnung tragen und – wie die Welschen – auf ihre Rechte pochen. Sonst wird die Ostschweiz, ähnlich wie bei Bahn 2000 und NEAT, einmal mehr übergangen werden.